



## VERGABEUNTERLAGEN

024-25-EK2

Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den  
Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Nichtoffenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)  
Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER  
Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

---

29.01.2025

# Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	3
Verfahrensbrief.....	3
Verfahrensbrief TW.pdf .....	3
RNV_Datenschutzinformation .....	14
1. Einleitung.....	14
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden? .....	14
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir? .....	14
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag .	15
5. Wer bekommt Ihre Daten? .....	16
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert? .....	16
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt? .....	17
8. Welche Rechte haben Sie? .....	17
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten? .....	18
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall? .....	18
Teilnahmeformulare .....	20
B.I.1. - Bewerbungsgemeinschaftserklärung .....	20
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen .....	27
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	28
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung qualifizierten NU .....	33
Russland-Sanktionen .....	35
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung .....	35
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen .....	37
I. EU-Sanktionen gegen Russland .....	37
II. Verbot der Auftragsvergabe .....	37
III. Fortführung bestehender Verträge .....	38
IV. Ausnahmen.....	38
V. Zuwendungsbau .....	39
VI. Inkrafttreten.....	39
LTMG - Baden-Württemberg.....	40
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	40
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	49
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt .....	51
Besondere Vertragsbedingungen.....	53
LTTG - Rheinland-Pfalz.....	57
Merkblatt_LTTG_2023-12 .....	57
Merkblatt.....	57
1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen	57

2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben? .....	58
2.1 Tariftreueerklärung .....	58
2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung: .....	61
3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer? .....	62
4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben wird? .....	63
Mustererklärung_1_AEntG_2023.pdf .....	64
Mustererklärung 1 .....	64
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2008 .....	64
nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue .....	64
Mustererklärung_3_Mindestentgelt_2023.pdf .....	66
Mustererklärung 3 .....	66
Vergabeunterlagen (informativ) .....	68
024-25-EK2 Leistungsbeschreibung_Batterieaustausch .....	68
024-25-EK2 - Vertragsbedingungen V10.pdf .....	84
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen_Januar 2024 .....	94
024-25-EK2 - Vertragsgrundlagen .....	100
024-25-EK2_Preisblatt_Entwurf .....	101
024-25-EK2_Wertungsschema .....	108
Wertungsschema .....	108
Terminplan-Batterieaustausch_GUWs .....	110
Tabelle1 .....	110
Eignungskriterien .....	111
Anlagen .....	137

Verfahren: 024-25-EK2 - Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

### INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

### INFORMATIONEN

#### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	024-25-EK2
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH
Auftragsbeschreibung	Die Rhein – Neckar - Verkehr GmbH benötigt für die 85 Gleichrichtunterwerke im rnv Netz einen Anbieter, welcher bei Bedarf innerhalb von maximal 72h die Batterien innerhalb eines Unterwerkes tauschen kann. Da die Lieferzeiten der Batterien zwischen 2 und 3 Monaten liegen, muss der Anbieter gewisse Batteriearten vorhalten, mit einer garantierten Abnahme durch die rnv. Die Übersicht der Batteriearten und der Gleichrichtunterwerke ist aus dem Kapitel 6 und 7 Leistungsumfang zu entnehmen. Zudem sind in den Gleichrichtunterwerken Turnusmäßig alle Batterien zu tauschen. Dieser Austausch erfolgt auf Grundlage eines Terminplans. Bestandteil dieser Ausschreibung sind jeweils Lieferung der Batterien, Demontage und Entsorgung der alten Batterien, Montage der neuen Batterien, Inbetriebnahme der Batterieanlagen, Prüfung und Justierung der Schaltanlage.

#### VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggeberart	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Nichtoffenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

#### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein										
Art der losweisen Vergabe											
Höchstzahl der Lose pro Angebot											
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 70%: 30%										
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>31000000-6</td><td>Elektrische Maschinen, Geräte, Ausstattung und Verbrauchsartikel; Beleuchtung</td></tr><tr><td>31158100-9</td><td>Batterieladegeräte</td></tr><tr><td>31400000-0</td><td>Akkumulatoren und Batterien</td></tr><tr><td>31440000-2</td><td>Batterien</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	31000000-6	Elektrische Maschinen, Geräte, Ausstattung und Verbrauchsartikel; Beleuchtung	31158100-9	Batterieladegeräte	31400000-0	Akkumulatoren und Batterien	31440000-2	Batterien
Code	Bezeichnung										
31000000-6	Elektrische Maschinen, Geräte, Ausstattung und Verbrauchsartikel; Beleuchtung										
31158100-9	Batterieladegeräte										
31400000-0	Akkumulatoren und Batterien										
31440000-2	Batterien										

#### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)



Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off">http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

## SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	29.01.2025

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	
Frist Bieterfragen	21.02.2025 09:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	
Versand Vorabinformation	

### AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.06.2025
Ende	31.05.2029
Anmerkungen	

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter [http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards\\_rd\\_off](http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off) mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 21.02.2025 09:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: [http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards\\_rd\\_off](http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off). Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

## Verfahrensbrief

### 1 Übersicht

#### 1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens zum [Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH] beschreiben.

#### 1.2 Vergabegegenstand

Die Rhein – Neckar - Verkehr GmbH (nachfolgend rnv) sucht für die 85 Gleichrichtunterwerke im rnv Netz einen Anbieter, welcher neben eines turnusgemäßen Austausches der Batterien, bei Bedarf innerhalb von maximal 72h die Batterien innerhalb eines Unterwerkes tauscht. Da die Lieferzeiten der Batterien zwischen 2 und 3 Monaten liegen, muss der Anbieter gewisse Batteriearten vorhalten, mit einer garantierten Abnahme durch die rnv.

Bestandteil dieser Ausschreibung sind Lieferung der Batterien, Demontage und Entsorgung der alten Batterien, Montage der neuen Batterien, Inbetriebnahme der Batterieanlagen, Prüfung und Justierung der Schaltanlage.

#### 1.3 Verfahrensablauf

- ☐ offenes Verfahren
- ☒ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

#### 1.4 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
03.03.2025, 10.00 Uhr	Abgabefrist Teilnahmewettbewerb
21.02.2025, 09.00 Uhr	[Frist für Stellung von Fragen zum Teilnahmewettbewerb
25.03.2025	[geplante Aufforderung zur Angebotsabgabe

[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH]  
[024-25-EK2]

02.04. – 16.04.2025	Geplante verpflichtende Ortsbesichtigungen
28.04.2025, 10.00 Uhr	[geplante Angebotsabgabefrist
21/2025	[geplante Zuschlagserteilung

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ

## 1.5 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als [Nicht offenes Verfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb] nach [der Sektorenverordnung (SektVO) und dem GWB], durchgeführt.

## 2 Verfahrensbedingungen

### 2.1. Auftraggeber

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27

68165 Mannheim

### 2.2 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabepattform [Deutsche eVergabe [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)]. Jeder Bewerber ist verpflichtet, sich über die Vergabepattform [Deutsche eVergabe, [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bewerberfragen zu informieren.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabepattform der rnv unter [Deutsche eVergabe [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] einzureichen.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bewerbers müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

## 2.3 Vertraulichkeit

### 2.3.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

### 2.3.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

## 2.4 Eignungsnachweise

### 2.4.1. Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

**21.02.2025, 09.00 Uhr**

über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe, [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) zu stellen.

Verspätet eingehende Bewerberfragen können ggf. nicht mehr rechtzeitig beantwortet werden.

Die Beantwortung von Fragen der Bewerber und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen ausschließlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe, [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off). Eine Registrierung ist zur aktiven Teilnahme an der Kommunikation, sowie auch zur Abgabe des Teilnahmeantrags erforderlich. Sämtliche Bewerberfragen- und antworten (Bieterinformationen) werden regelmäßig als Bestandteil der Vergabeunterlagen über die Vergabeplattform auch nicht registrierten Interessenten zur Verfügung gestellt.

Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

#### **2.4.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

#### **2.4.3 Form und Frist Einreichung Teilnahmeanträge**

Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [Deutsche eVergabe, [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] |

bis zum **[03.03.2025, 10.00 Uhr]** einzureichen.

Teilnahmeanträge, die nicht innerhalb der Einreichungsfrist oder nicht über die für die Abgabe von Teilnahmeanträgen vorgesehene Funktion der Vergabeplattform übermittelt werden, werden aus formalen Gründen von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Teilnahmeanträgen bleibt davon unberührt.

#### **2.4.4 Bewerber- / Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)**

Im Falle der Bewerbung durch eine Bewerbergemeinschaft muss jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung mit dem Teilnahmeantrag einreichen (Formblatt B.I. (1)).

Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bewerber-/Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

#### **2.4.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe**

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH]**  
[024-25-EK2]

des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für das andere Unternehmen in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX. [1]).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bewerber durch das Unternehmen Formblatt B.IV. [1] ausfüllen lassen und mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bewerber benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bewerber gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bewerber das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bewerbern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

#### **2.4.6 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge**

Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften der Sektorenverordnung (SektVO) und des GWB]. Der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge wird folgendes System zugrunde gelegt:

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Dieses Recht zur Nachforderung begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

#### **2.4.7 Anfordern zusätzlicher Unterlagen**

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den Teilnahmeanträgen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweisen anzufordern.

#### **2.4.8 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen und Selbstreinigung**

Darauf erfolgt eine Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

#### **2.4.9 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit**

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers gemessen an der zu vergebende Leistung anhand der vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

Der Bieter muss je nach Rechtsvorschriften des Staates, in dem er niedergelassen ist, die Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister dieses Staates durch einen entsprechenden Nachweis nachweisen.

Sofern der Bieter nach den Rechtsvorschriften seines Niederlassungsmitgliedstaats nicht zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist, hat er dies in seinem Teilnahmeantrag anzugeben.

Ferner muss der Bewerber wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig sein. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag zu erfüllen. Eine entsprechende Eigenerklärung hat der Bewerber auf der Vergabeplattform abzugeben.

Zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber auf der Vergabeplattform Angaben zu den Unternehmensumsätzen insgesamt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2021-2023) zu machen.

Schließlich muss der Bewerber zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag spätestens unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw.

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH]**  
[024-25-EK2]

Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.

Dieser ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist in angemessener Höhe bereit zu stellen, jedenfalls aber in Höhe von

- 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die Versicherung muss eine unbegrenzte Nachhaftungsfrist aufweisen. Diese gilt auch für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation/Insolvenz des Auftragnehmers.

Hinweis:

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft eine entsprechende Eigenerklärung ab. Dabei ist zu unterscheiden:

a) Sofern der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies unter 3.2 „Eigenerklärung zur Versicherungspflicht – Variante a)“ anzukreuzen. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssumme vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat der dies in der Eigenerklärung Versicherungspflicht unter 3.2 „Eigenerklärung zur Versicherungspflicht“ anzukreuzen. Eine Versicherungsbestätigung oder vergleichbare Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

b) Sofern der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat der in der Eigenerklärung unter 3.3 „Eigenerklärung zur Versicherungspflicht – Variante b)“ dies anzukreuzen, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorlegen wird. Diese Erklärung ist unwiderruflich.

#### **2.4.10 Kosten für die Teilnahme am Verfahren**

Für Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.



### 3 Angebote

Die Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichen Angebotes werden wie folgt angewendet:

Gewichtung	Zuschlagskriterium
70 %	Gewichteter Angebotspreis
30 %	Reaktionszeit Notfallaustausch

#### Zuschlagskriterium Preis

Das Zuschlagskriterium Preis hat einen Gesamtanteil von 70%. Maßgeblich für die Angebotswertung ist der vom Auftraggeber errechnete „Gesamtpreis“ für die Pos. 1 – Pos. 2. Der gewichtete Wertungspreis errechnet sich aus den Angaben des Bieters im Preisblatt (das entsprechende Preisblatt wird bei der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt).

#### Weitere Zuschlagskriterien

Die vollständige Beschreibung und Definition von Unterkriterien wird mit der Angebotsaufforderung versandt.

#### Vergabeunterlagen

Die Dokumente der Vergabeunterlagen wie Vertragsbedingungen, Leistungsbeschreibung, Preisblatt und Wertungskriterien werden zur Information der Bieter im Entwurfsstadium im Teilnahmewettbewerb zur Verfügung gestellt. Änderungen an diesen Dokumenten sind ausdrücklich vorbehalten. Die finalen Versionen der Dokumente werden mit der Angebotsaufforderung bekannt gegeben.

### 4 Rügepflicht und Nachprüfung

#### 4.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

#### **4.2 Vergabekammer**

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 3

76137 Karlsruhe

Tel: 0721 / 926-873 0

Fax: 0721 / 926-398 5

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Internet: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/> ]

#### **4.3 Rechtsgrundlagen**

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH]**  
[024-25-EK2]

oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

#### § 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

#### § 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH]**  
**[024-25-EK2]**

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

#### **4.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen**

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

### Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

### 1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zum Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

### 2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

#### Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim  
Tel.: 0621-465-0  
E-Mail: [kundenservice@rnv-online.de](mailto:kundenservice@rnv-online.de)

#### Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH  
Herr Mentges  
Marienburgstraße 27  
64297 Darmstadt  
Tel.: 06154-57605 111  
E-Mail: [datenschutz@ctm-com.de](mailto:datenschutz@ctm-com.de) oder [datenschutz@rnv-online.de](mailto:datenschutz@rnv-online.de)

### 3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunfteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

### 4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Vorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

### 5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen Überwachung der Bauleistungen (BOL/BÜ):

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,
- Angebotsprüfung.

### 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

### 7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### 8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

#### a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

#### b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

#### c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

#### d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf



# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

### e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

### f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Königstraße 10a  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711 61 55 41-0  
E-Mail: [poststelle@lfdi.bwl.de](mailto:poststelle@lfdi.bwl.de)

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

### 9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

### 10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

# Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

## Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

\*\*\*

## Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

<b>Name des geschäftsführenden Unternehmens</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH**

024-25-EK2

<b>Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [1]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH**

024-25-EK2

<b>Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [2]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH**

024-25-EK2

<b>Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [3]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bewerbergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

**Formular Allgemeine Angaben Bewerbergemeinschaft**



Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im  
Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

**Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB**

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer  
Bewerbergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*



Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im  
Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im  
Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

## Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbewerber

<b>Name des Bewerbers</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

\_\_\_\_\_  
(Firmenname und Rechtsform)

Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im  
Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

## Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder  
Eignungsleihe auszufüllen -**

**Hinweis:** Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:  
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.  
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerber (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

### 1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/ des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

## 2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB

**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

**oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

### 3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

**Enweder**

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
  - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
  - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
  - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
  - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB****Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft:*

**(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)**

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

## Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

**Hinweis:** Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bewerber mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

<b>Name des qualifizierten Nachunternehmers</b>	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u>  Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]



### **Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens**

Wir verpflichten uns, dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft

---

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bewerber zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:*

***(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)***

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin

Postanschrift  
11014 Berlin

Tel +49 30 18 681-16882

Fax +49 30 18 681-516882

BW17@bmi.bund.de  
www.bmwbsb.bund.de

## Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

### I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

### II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

### III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

### IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

## V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

## VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen

Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022

Formblatt für Eigenerklärungen

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung  
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen  
nach den Vorgaben  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-  
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

**Allgemeines**

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

**Informationen zum LTMG**

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

### **Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:**

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,



- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung ([https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative\\_Tarifvertraege.aspx](https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx)). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*  
*oder*
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mir/wir uns
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  - oder
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

***Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,***

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

**Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).**

**Verpflichtungserklärung**  
**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,



- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
  - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

 Ort, Datum

---

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

## **Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

Ort, Datum

---

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

**1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

## **3. Kontrolle**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

#### **4. Sanktionen**

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



## Merkblatt

**für die Abgabe einer Tariftreueerklärung und/oder Mindestentgelterklärung nach dem rheinland-pfälzischen Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch das Landesgesetz zur Änderung haushalts- und vergaberechtlicher Vorschriften vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)**

Das Landestariftreuegesetz verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.

Das Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärungen unterstützen. Bitte beachten Sie jedoch, dass dieses Merkblatt sowie die bereitgestellten Mustererklärungen lediglich Arbeitshilfen darstellen, für die keine Haftung übernommen wird.

### ***1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen Auftrag?***

Nein. § 2 LTTG beschränkt den Anwendungsbereich auf öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro. Bei der Schätzung des Auftragswertes gilt § 3 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV). Danach ist von der geschätzten Gesamtvergütung für die vorgesehene Leistung einschließlich etwaiger Prämien oder Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind alle Optionen oder etwaige Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.



Wenn danach das LTTG grundsätzlich anwendbar ist, kann der öffentliche Auftraggeber beim Einsatz von Nachunternehmern oder Beschäftigten eines Verleihers durch den Auftragnehmer oder Nachunternehmer auf die Vorlage von Tariftreue- bzw. Mindestentgelterklärungen verzichten, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmers oder Verleihers weniger als 10.000 Euro beträgt. Dieser Verzicht tritt jedoch nicht kraft Gesetzes ein, sondern bedarf einer gesonderten Erklärung des öffentlichen Auftraggebers.

## **2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben?**

### **2.1 Tariftreueerklärung**

Es ist vorrangig zu prüfen, ob nach **§ 4 Abs. 1 oder 3 LTTG** eine **Tariftreueerklärung** abzugeben ist.

#### **a) Tariftreueerklärung nach § 4 Abs. 1 LTTG**

Eine Pflicht zur Abgabe einer Tariftreueerklärung besteht nach § 4 Abs. 1 LTTG für solche Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden. Diese Unternehmen müssen sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist.

Eine Bindung durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz besteht, wenn der Tarifvertrag als Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nummer 1 AEntG für allgemeinverbindlich erklärt ist oder eine Rechtsverordnung nach § 7 oder § 7a AEntG vorliegt.

Gemäß § 4 Abs. 1 AEntG können Tarifverträge in folgenden Branchen zwingend Anwendung finden:

- des Bauhauptgewerbes oder des Baunebengewerbes im Sinne der Baubetriebe-Verordnung vom 28. Oktober 1980 (BGBl. I S. 2033), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1085), in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- der Gebäudereinigung,

- für Briefdienstleistungen,
- für Sicherheitsdienstleistungen,
- für Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- für Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
- für Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung dafür, dass ein solcher Tarifvertrag Anwendung findet, ist jedoch, dass der Betrieb überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies muss im Einzelfall anhand der tatsächlichen Verhältnisse vom Auftragnehmer geprüft werden.

Für alle anderen als die in § 4 Abs. 1 AEntG genannten Branchen können Tarifverträge nach § 4 Abs. 2 AEntG zwingend Anwendung finden. Auch hier muss eine Einzelfallprüfung durch den Bieter/Bewerber erfolgen.

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 1**“ abzurufen.

Eine Aufstellung der tariflichen Mindestlöhne im Sinne des AEntG wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) herausgegeben und stichtagsbezogen aktualisiert. Die Übersicht ist über die Internetseite der Servicestelle LTTG unter <https://lsjv.rlp.de/de/buergerportaleservice/downloads/arbeit/#c22858> über den Link „Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ abrufbar.

Bei der Verwendung der vorgenannten Übersicht ist indes Folgendes zu beachten:

- Da die Allgemeinverbindlichkeit zum Teil mit Rückwirkung ausgesprochen wird, wird der Beginn der Allgemeinverbindlichkeit manchmal erst nachträglich bekannt. Es kann deshalb vorkommen, dass ein Tarifvertrag im Verzeichnis noch nicht aufgeführt ist, obwohl später die Allgemeinverbindlichkeit zu einem früheren Zeitpunkt ausgesprochen wird. Ebenso kann der Fall eintreten, dass ein

Tarifvertrag noch als gültig und allgemeinverbindlich aufgeführt ist, obwohl die Allgemeinverbindlichkeit bereits zu einem früheren Zeitpunkt beendet war.

- Allgemeinverbindlicherklärungen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ergehen zum Teil mit Einschränkungen oder Ausnahmen vom Geltungsbereich bzw. vom Tarifvertragsinhalt. Führt eine solche Ausnahme dazu, dass im konkreten Fall der öffentliche Auftrag nicht vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst wird, ist keine Tariftreue-, sondern eine Mindestentgelterklärung abzugeben.
- Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales stichtagsweise erstellte Übersicht stellt lediglich eine Arbeitshilfe dar, so dass eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden kann. **Dem Bieter obliegt daher weiterhin die jeweils eigenverantwortliche Prüfung, ob ein tariflicher Mindestlohn im Sinne des AEntG für das Unternehmen gilt.**

Es empfiehlt sich deshalb im Einzelfall Auskunft unter Bezeichnung des in Betracht kommenden Tarifvertrages und Zeitraumes beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Referat IIIa8 in 53107 Bonn einzuholen.

**Wichtig:** Wird im Rahmen eines öffentlichen Auftrages **nur ein Teil** der eingesetzten Arbeitnehmer bei der Ausführung der Leistung vom AEntG in der jeweils geltenden Fassung erfasst, gilt Folgendes:

Der Bieter/Bewerber hat zu prüfen, ob hinsichtlich der restlichen, von der Tariftreuerklärung nicht erfassten Arbeitnehmer, zusätzlich auch eine Mindestentgelterklärung abzugeben ist.

Keine Verpflichtung besteht vor allem in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Die „**Mustererklärung 1**“ sieht auch ein Feld für die zusätzliche Mindestentgelterklärung vor.

#### **b) Tariftreuerklärung nach § 4 Abs. 3 LTTG**

Nach § 4 Abs. 3 LTTG müssen sich Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bewerben, zur Tariftreue verpflichten.

Die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bezieht sich auf einschlägige und repräsentative, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarte Tarifverträge. Diese werden vom öffentlichen Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie als Verwaltungsvorschrift im Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz veröffentlicht und von der Servicestelle im Internet zur Verfügung gestellt.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine Servicestelle eingerichtet, die über das Landestariftreuegesetz informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Auf der Internetseite der Servicestelle können weitere Informationen entnommen werden: <https://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/arbeit/landestariftreuegesetz-lttg/>

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 2**“ abzurufen.

## **2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung:**

Wenn und soweit nach dem unter 2.1 Gesagten keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 LTTG verpflichten, eine Mindestentgelterklärung abzugeben.

#### **Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG (ab 01.01.2019)**

Da die Höhe des nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlenden Mindestlohns seit 01.01.2019 den Betrag von 8,90 € gemäß § 3 Abs. 2 LTTG übersteigt (Mindestlohn ab 01.01.2019: 9,19 €; ab

01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 € brutto; ab 01.01.2024: 12,41 € je Zeitstunde), muss sich der Bieter/Bewerber, bei Leistungen, die vom Mindestlohngesetz in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, bei Angebotsabgabe verpflichten, seinen Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den jeweils geltenden Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht und Änderungen während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachzuvollziehen.

Keine Verpflichtung besteht in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Ein Muster zur Abgabe der Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 3**“ abzurufen.

### ***3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer bzw. für eingesetzte Leiharbeitnehmer?***

§ 5 Abs. 2 LTTG verpflichtet die Bieter/Bewerber, Mindestentgelt- und Tariftreueerklärungen auch für Nachunternehmer, deren Nachunternehmen und Beschäftigte eines Verleihers vorzulegen und die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Verpflichtungen sicherzustellen. Insbesondere ist/sind Bieter/Bewerber verpflichtet, die Kalkulationen der Nachunternehmer daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Tarife bzw. des Mindestentgeltes kalkuliert sein können.

Die Abgabe einer Mindestentgelterklärung kann allerdings nicht gefordert werden, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die

Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

#### ***4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben wird?***

§ 4 Abs. 6 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

§ 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Satz 3 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

#### **Herausgeber:**

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

– Servicestelle LTTG –

Postfach

54229 Trier

Telefon 0651 1447-210

Telefax 0651 1447-14210

[servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de](mailto:servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de)

[www.lsjv.rlp.de](http://www.lsjv.rlp.de)



## Mustererklärung 1

**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden,**

**nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)**

Auftragsnummer: 024-25-EK2

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken i

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2019: 9,19 €; ab 01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 €; ab 01.01.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgeltklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

---

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB





## Mustererklärung 3

**nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)**

Auftragsnummer: 024-25-EK2

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00; ab 1.1.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

---

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH



Vergabeverfahren

Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

024-25-EK2

# Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Allgemeines, Angebotsgrundlagen .....</b>	<b>3</b>
1.1. Auftraggeber.....	3
1.2. Angebotsgrundlagen.....	3
1.3. Inhalt des Angebotes.....	3
<b>2. Vertragsgrundlagen.....</b>	<b>3</b>
2.1. Vertragsbedingungen .....	3
2.2. Subunternehmer .....	4
2.3. Mitwirkung des Auftraggebers .....	4
2.4. Auftrag und Auftragsbestätigung .....	4
<b>3. Termine.....</b>	<b>4</b>
3.1. Terminplan.....	4
3.2. Terminverzögerungen .....	4
<b>4. Darstellung der Maßnahme, Hinweise.....</b>	<b>4</b>
4.1. Ortsbegehungen .....	5
4.2. Durchführung der Arbeiten.....	5
4.3. Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis.....	6
4.4. Gleichrichtunterwerke im Verkehrsgebiet der rnv GmbH .....	7
4.5. Leistungsumfang .....	12
4.6. Besondere Erschwernisse, Besonderheiten an den Anlagen .....	16

# Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

## 1. Allgemeines, Angebotsgrundlagen

### 1.1. Auftraggeber

Auftraggeber ist die rnv GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim

### 1.2. Angebotsgrundlagen

Das angeschriebene Unternehmen (nachfolgend AN) wird gebeten, ein für den Auftraggeber (AG) verbindliches Angebot kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben.

Fehlauslegungen der Anfrageunterlagen und Fehler bei der Preisstellung des Angebotes gehen zu Lasten des Anbieters.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten für die Angebotserstellung sowie weitere Ansprüche seitens des Anbieters sind ausgeschlossen.

### 1.3. Inhalt des Angebotes

Das Angebot muss mindestens folgende Nachweise beinhalten:

1. Berufshaftpflichtversicherung.
2. Referenznachweise von mindestens 5 Referenzen für die Lieferung und Montage von Batterien für technische Anlagen und Gebäude innerhalb der letzten 5 Jahre. Darunter muss mindestens eine Referenz für ein Unterstellwerk, ein elektronisches Stellwerk, eine Digitalfunkanlage oder ein vergleichbares technisches Projekt enthalten sein.
3. Referenznachweis für mindestens 2 Referenzen über Aufträge in Zusammenarbeit mit einem ÖPNV-Unternehmen innerhalb der letzten 5 Jahre, wobei der Nachweis über mehrere Arbeitgeber geführt werden kann und keine Mindestanforderung an die Dauer eines Auftrags je Arbeitgeber besteht
4. Angaben zu verantwortlichem Mitarbeiter/in (Namen, Qualifikation und Position), die im Falle einer Beauftragung eingesetzt werden. Sollte ein Mitarbeiter dauerhaft ausscheiden, ist der AG darüber zu informieren. Die oben erwähnten Nachweise sind bei neu oder zusätzlich eingesetzten Mitarbeitern unaufgefordert einzureichen.

## 2. Vertragsgrundlagen

### 2.1. Vertragsbedingungen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

- die spätere Bestellung des Auftraggebers,
- das Verhandlungsprotokoll
- die Bedingungen dieses Leistungsverzeichnisses,
- die „Allgemeinen Vertragsbedingungen Lieferleistungen“,
- das Angebot des Auftragnehmers.

Soweit diese Vertragsgrundlagen sich widersprechen, gilt:

- Spätere schriftliche Weisungen und Angaben des Auftraggebers heben vorausgegangene auf.
- Spezielle Weisungen des Auftraggebers heben allgemeine Richtlinien und Vorschriften auf, soweit diese nicht zwingend sind.

Durch die Angebotsabgabe bestätigt der Bieter, dass ihm alle zur Vertragserfüllung maßgebenden Daten und Verhältnisse bekannt sind, er diesen im Falle einer Auftragserteilung Rechnung tragen wird, er die Leistungen selbst zu den Vertragsbedingungen erfüllen kann und auf die Anfechtung verzichtet.

# Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

## 2.2. Subunternehmer

Die Leistungen sollen vom Auftragnehmer mit eigenem Personal ausgeführt.

Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass das Subunternehmen die geforderte Qualifikation verfügt.

Untervergabe an Dritte – auch Teilleistungen – darf der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Vertragspflichten nur mit schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers vornehmen.

## 2.3. Mitwirkung des Auftraggebers

Die Mitwirkung des Auftraggebers berechtigt den Auftragnehmer bei Verletzung der ihm obliegenden Vertragspflichten nicht zum Einwand mitwirkenden Verschuldens des Auftraggebers.

## 2.4. Auftrag und Auftragsbestätigung

Die Auftragserteilung erfolgt schriftlich durch den Auftraggeber.

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfanges werden nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen und bestätigt werden.

## 3. Termine

### 3.1. Terminplan

Nach Auftragsvergabe wird vom Auftraggeber ein Rahmenterminplan bestimmt, der mit seinen wesentlichen Zwischenterminen verbindlich ist.

Nachträglich schriftlich festgesetzte Einzeltermine gelten stets als vertraglich vereinbarte Termine.

Vom Auftraggeber nachträglich geforderte kleine Ausführungsänderungen rechtfertigen keine Terminüberschreitung.

### 3.2. Terminverzögerungen

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer einen erhöhten Personaleinsatz, den Einsatz qualifizierten Personals oder Überstunden zu verlangen, wenn abzusehen ist, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden oder die Einhaltung des Terminplans wegen nicht ausreichender Qualifikation des eingesetzten Personals gefährdet ist.

Der Auftraggeber behält sich vor, den ihm wegen Terminverzögerungen entstehenden Schaden geltend zu machen.

## 4. Darstellung der Maßnahme, Hinweise

Die Rhein – Neckar - Verkehr GmbH (nachfolgend rnv) sucht für die 85 Gleichrichtunterwerke im rnv Netz einen Anbieter, welcher bei Bedarf innerhalb von maximal 72h die Batterien innerhalb eines Unterwerkes tauschen kann. Da die Lieferzeiten der Batterien zwischen 2 und 3 Monaten liegen, muss der Anbieter gewisse Batteriearten vorhalten, mit einer garantierten Abnahme durch die rnv. Die Übersicht der Batteriearten und der Gleichrichtunterwerke ist aus dem Kapitel 4.4 und 4.5 zu entnehmen.

Bestandteil dieser Ausschreibung sind Lieferung der Batterien, Demontage und Entsorgung der alten Batterien, Montage der neuen Batterien, Inbetriebnahme der Batterieanlagen, Prüfung und Justierung der Schaltanlage. Für Alle

# Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Arbeiten sind Protokoll zu führen und innerhalb von 10 Tagen nach Durchführung dem AG zur Verfügung zu stellen. Kurzfristige ausfälle werden vom AG schriftlich per E-Mail an den AN kommuniziert, ab Eingang der Meldung beginnt die Reaktionszeit von maximal 72h. Die Terminierung des Turnusmäßigen Austausches wird nach der Vergabe zwischen dem AG und AN abgestimmt.

Die rnv sieht vor alle Batterieblöcke auf 10 Block Batterien zu erweitern. Bei einem Austausch (Turnus- und Notfallaustausch) eines 5 Blocks, ist diese Erweiterung sofort durchzuführen.

Ebenfalls ist für alle Batterien nach Einbau eine Gewährleistung von 12 Monaten gewähren. Der Austausch von Batteriewasser, Batteriemessungen und Sichtprüfungen an den Batterien greifen nicht in diese Gewährleistung.

## 4.1. Ortsbegehungen

Um die unten beschriebenen Leistungen erfüllen zu können, können Ortstermine an einzelnen Gleichunterwerken der rnv notwendig sein. Diese Ortsbegehung findet in Form einer verpflichtenden Ortsbegehung vor Angebotsabgabe statt.

AG behält sich vor Termine für die Anlagenbegehung vorzuschlagen.

Seitens AN muss sichergestellt werden, dass die gewonnenen Erkenntnisse bei den Ortsterminen in die Qualität der obigen Leistungen einfließen und die Leistungen nach Stand der Technik und aufgeführten Regelwerken ausgeführt werden. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeiten entstehen sind ausgeschlossen und müssen vom AN kostenneutral sofort nachgeholt werden.

Der gesamte Aufwand für die Orts- und Anlagenbegehungen wird nicht gesondert vergütet. Eine gesonderte Vergütung des Aufwandes erfolgt nicht, auch nicht im Falle der Nicht-Beauftragung.

## 4.2. Durchführung der Arbeiten

Der Arbeitsverantwortliche (ArbV) des AN hat bei Bedarf oder wenn gefordert, vor der Durchführung einer Tätigkeit vor Ort ca. 30 Minuten zur Abstimmung der Arbeiten mit dem AG einzuplanen.

Es ist vom AN ein Tagebuch zu führen, aus dem die jeweils erbrachten Leistungen ersichtlich sind.

Grundsätzlich muss das Personal unterwiesenes Fachpersonal und mindestens Elektrofachkraft nach DIN VDE 105-100 sein.

Es gelten zur Unfallverhütung die Vorschriften und Regelwerke der rnv, insbesondere jedoch die folgenden Regeln der EUK:

- DGUV V1 Allgemeine Vorschriften

Weiterführende, hier nicht aufgeführte Vorschriften und Richtlinien sind durch den AN zu beachten.

Der AN ist verpflichtet, seine auf Auftraggebergebiet tätigen Betriebsangehörigen und alle anderen Personen, derer er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen), jeweils vor Aufnahme ihrer Arbeit so zu unterweisen, dass sie über die Lage des Falls in Betracht kommenden Unfallgefahren des Bahnbetriebs und über Schutzmaßnahmen ausreichend unterrichtet sind. Das Betreten einer Anlage ist nur mit der Zuständigen Meisterei gestattet. Der AN hat für seine tätigen Betriebsangehörigen Warnkleidung zur Verfügung zu stellen, welche bei Arbeiten im Gleisbereich zu tragen ist.

# Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Der AN muss seine Betriebsangehörigen und alle anderen auf Auftragsgebiet tätigen Personen, derer er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen) anhalten, die Anweisungen AG und Sicherungsüberwachung und die Anweisungen der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle sowie des Sicherheitspersonals zu befolgen. Zuwiderhandelnde sind sofort vom Arbeitsfeld zu entfernen. Verstößt der AN trotz wiederholter Mahnung gegen diese Pflichten, so darf ihm der Auftrag entzogen werden, ohne dass es der Bestimmung einer Frist bedarf. Wird der Auftrag entzogen, dann beschränkt sich der Honoraranspruch des AN auf den bis dahin erbrachten und nachgewiesenen Leistungsteil. Der AG ist berechtigt, den noch nicht vollendeten Teil der Leistung zu Lasten des AN selbst durchzuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Ansprüche des AG auf Ersatz eines entstehenden weiteren Schadens bleiben unberührt. Der AG ist auch berechtigt, auf die weitere Ausführung zu verzichten sofern aus den zum Auftragsentzug führenden Gründen für ihn kein Interesse mehr besteht.

Erfordernis, Umfang und Kosten von Maßnahmen für die Verkehrssicherung, Verkehrslenkung und Sondernutzung von öffentlichem Grund sind Sache des AN.

Es muss gewährleistet sein, dass der Straßenbahnverkehr immer uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt.

Es ist davon auszugehen, dass Arbeiten im Bereich der Haltestellen unter hohem Fahrgastaufkommen stattfinden werden.

Eine sichere Fußgängerführung ist während der gesamten Baumaßnahme durch geeignetes Material und Personal zu gewährleisten.

Alle in diesem Abschnitt angegebenen Aufwendungen, Baunebenleistungen etc. sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

## 4.3. Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen wie BOStrab, DIN VDE, DIN EN, DGUV, u.a. zu beachten; soweit die hier beschriebene Maßnahme betreffen. Des Weiteren sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Maßgeblich ist der volle Wortlaut im vorliegenden Leistungsverzeichnis.

Die Angebotspreise sind als Festpreise bis Maßnahmenende zu kalkulieren. Für die Lagerkosten kann ein jährlicher Pauschalpreis angegeben werden.



# Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

## 4.4. Gleichrichtunterwerke im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

UW	Anschrift	Linienbündel
Dossenheim	Handschuhsheimer Landstraße, 69221 Dossenheim	OEG
Edingen	Bahnhofstraße 39, 68535 Edingen-Neckarhausen	OEG
Großsachsen	Carl Diem Weg 2-8, 69493 Hirschberg	OEG
Handschuhsheim Nord B3	Dossebheimer Landstraße 119, 69121 Heidelberg	OEG
HD- Berufsschule	Wieblinger Weg 7, 69115 Heidelberg	OEG
Heddesheim	Bahnhofstraße, 68542 Heddesheim	OEG
Kä 4	Rebenstraße 13b, 68309 Mannheim	OEG
Kä 4 Alt	Rebenstraße 13b, 68309 Mannheim	OEG
Leutershausen	Landstraße, 69493 Hirschberg	OEG
No 21	B38a, 68163 Mannheim	OEG
R52	Eisenlohrplatz, 68167 Mannheim	OEG
Schriesheim	Landstraße 31, 69198 Schriesheim	OEG
Se 11	Seckenheimer Hauptstraße 160, 68239 Mannheim	OEG
Se 49	Seckenheimer Landstraße, 68239 Mannheim	OEG
Viernheim Eissporthalle	Alter Weinheimer Weg, 68519 Viernheim	OEG

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Viernheim Tierheim	Alter Mannheimer Straße 2b, 68519 Viernheim	OEG
Wa 20	Am Wallstadter Bahnhof 7, 68259 Mannheim	OEG
Weinheim Bahnhof	Bergstraße 15-25, 69469 Weinheim	OEG
Weinheim Blumenstraße	Blumenstraße, 69469 Weinheim	OEG
Wieblingen Taubenfeld	Edinger Straße 9, 69123 Heidelberg	OEG
Franklin	Adresse folgt im Bau bis Ende 2023	OEG
Kä 125	Adresse folgt im Bau bis Ende 2023	OEG
Adenauerplatz	Adenauerplatz, 69117 Heidelberg	HSB
HD-Betriebshof	Bergheimerstraße, 69117 Heidelberg	HSB
Eppelheim	Hauptstraße 29, 69214 Eppelheim	HSB
Gundolfstraße	Technologie Park Gundolfstraße 20, 69120 Heidelberg	HSB
Handschuhsheim Nord	Husaren Weg 18, 69121 Heidel- berg	HSB
Handschuhsheim Nord B3	Dossenheimer Landstraße 119, 69121 Heidelberg	HSB
Handschuhsheimer Landstraße	Steuberstraße 13, 69121 Heidelberg	HSB
Hagenstraße	Hagenstraße 2, 69126 Heidelberg	HSB
Industriestraße	Eppelheimerstraße 61, 69123 Heidelberg	HSB

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Ilse-Krall Straße	Ilse-Krall-Straße 7, 69124 Heidelberg	HSB
Kirchheim Friedhof	Heuauer Weg, 69124 Heidelberg	HSB
Leimen	Nußlocher-Straße 63, 69181 Leimen	HSB
Montpellierbrücke	Czernyring Spayererstraße 4, 69115 Heidelberg	HSB
Rohrbach Süd	Haberstraße, 69126 Heidelberg	HSB
Schillerstraße	Dantestraße 25, 69115 Heidelberg	HSB
C 51	Q3 17, 68161 Mannheim	MVV
E60	Boveristraße 40-42, 68309 Mannheim	MVV
F40	Neckarauer Straße 18, 68199 Mannheim	MVV
F150	Innstraße, 68199 Mannheim	MVV
F160	Meeräckerstraße, 68163 Mannheim	MVV
F163	Rheingoldstraße 91, 68199 Mannheim	MVV
Fe14	Am Aubuckel, 68259 Mannheim	MVV
Fe37	Odenwaldstraße, 68259 Mannheim	MVV
J21	Akademiestraße, 68159 Mannheim	MVV
K38	B38 a, 68163 Mannheim	MVV

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

K40	Hernsheimer Straße, 68163 Mannheim	MVV
No21	Dürerstraße 102, 68163 Mannheim	MVV
O16	Seckenheimerstraße, 68165 Mannheim	MVV
O41	Hans-Böckler-Platz, 68161 Mannheim	MVV
O43	Goethestraße, 68161 Mannheim	MVV
R15	Friedrich Ebert Straße, 68167 Mannheim	MVV
R27	Dudenstraße, 68167 Mannheim	MVV
R50	Carl-Benz-Straße, 68167 Mannheim	MVV
R55	Am Meßplatz, 68169 Mannheim	MVV
Rh100	Relaisstraße 200, 68219 Mannheim	MVV
Rh103	Karlsplatz, 68219 Mannheim	MVV
S20	Möhlstraße 35, 68165 Mannheim	MVV
S27	Möhlstraße 35, 68165 Mannheim	MVV
Sa50	Sandhoferstraße, 68307 Mannheim	MVV
V14	L9 12-14, 68161 Mannheim	MVV
V29	L9 12-14, 68161 Mannheim	MVV

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Vo31	Brandenburger Straße 1-3, 68309 Mannheim	MVV
W110	Sandhofer Straße 5, 68305 Mannheim	MVV
W112	Oppauer Straße 12, 68305 Mannheim	MVV
W113	Sandhofer Straße 106, 68305 Mannheim	MVV
W115	Flensburger Ring 27, 68305 Mannheim	MVV
W120	Anemonenweg 10, 68305 Mannheim	MVV
W121	Danzinger Baumgang, 68307 Mannheim	MVV
Wa28	Sudetenstraße, 68259 Mannheim	MVV
Z24	Luisenpark Gartenschauweg, 68165 Mannheim	MVV
F12	Carl-Bosch-Straße 139, 67063 Ludwigshafen	VBL
L12	Yorckstraße 2, 67061 Ludwigshafen	VBL
L25	B37, 67059 Ludwigshafen	VBL
L44	Rathauspassage, 67509 Ludwigshafen	VBL
OH60	Mannheimer Straße 80, 67071 Ludwigshafen	VBL
OH625	Oderstraße 17, 67071 Ludwigshafen	VBL
Oppau	Friesenheimer Straße 55, 67069 Ludwigshafen	VBL

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

R25	K7, 67067 Ludwigshafen	VL
R31	Giulinistraße, 67067 Ludwigshafen	VL
Bad Dürkheim	Mannheimer Straße 49, 67098 Bad Dürkheim	RHB
Ellerstadt	Bahnstraße 82, 67158 Ellerstadt	RHB
Gönnheim	Bahnhofstraße, 67159 Friedelsheim	RHB
Ruchheim	Im Reff, 67133 Maxdorf	RHB

### 4.5. Leistungsumfang

An den in Punkt 1.18 genannten Gleichrichtunterwerken sind im folgenden Umfang ein Batterietausch vorzunehmen.

10 Block Batterie

Maße in cm H/B/T : 240/170/110

Spannung pro Batterie: 6V

Elektrische Ladung: 36-51 Ah

5 Block Batterie

Maße in cm H/B/T : 200/240/170

Spannung pro Batterie: 12V

Elektrische Ladung: 36-51 Ah

G UW Bezeichnung	Anzahl Batterie	Baujahr	Spannung / Batterie In V	Batterieart
C 51	10	2017	6	Batteriewas- ser
E 60	10	2015	6	Batteriewas- ser
F 40	10	2016	6	Batteriewas- ser
F 150	5	2019	12	Batteriewas- ser
F 160	10	2017	6	Batteriewas- ser

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

F196	10	2022	6	Batteriewas- ser
Fe 14	10	2013	6	Batteriewas- ser
Fe 37	10	2014	6	Batteriewas- ser
J 21	5	2019	12	Batteriewas- ser
K 38	10	2018	6	Batteriewas- ser
K 40	10	2014	6	Batteriewas- ser
No 21	5	2019	12	Batteriewas- ser
O 16	10	2014	6	Batteriewas- ser
O 41	5	2016	12	Batteriewas- ser
O 43	10	2019	6	Batteriewas- ser
R 15	5	2019	12	Batteriewas- ser
R 27	10	2016	6	Batteriewas- ser
R 50	5	2015	12	Batteriewas- ser
R 52	10	2018	6	Batteriewas- ser
R 55	5	2017	12	Batteriewas- ser
Rh 100	10	2018	6	Batteriewas- ser
Rh 103	5	2019	12	Batteriewas- ser
S 20	5	2019	12	Batteriewas- ser
S 27	5	2015	12	Batteriewas- ser
Sa 50	10	2019	6	Batteriewas- ser
V 14	5	2017	12	Batteriewas- ser
V29	5	2014	12	Batteriewas- ser
Vo 31	10	2018	6	Batteriewas- ser
W 110	10	2012	6	Batteriewas- ser
W 112	5	2014	12	Batteriewas- ser

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

W 113	10	2019	6	Batteriewas- ser
W 115	10	2015	6	Batteriewas- ser
W 120	10	2017	6	Batteriewas- ser
W 121	10	2019	6	Batteriewas- ser
Wa 28	10	2018	6	Batteriewas- ser
Z 24	10	2018	6	Batteriewas- ser
Dossenheim	10	2017	6	Batteriewas- ser
Edingen	10	2019	6	Batteriewas- ser
Großsachsen	10	2019	6	Batteriewas- ser
Hand. B3	5	2016	12	Batteriewas- ser
HD-Berufsschule	10	2018	6	Batteriewas- ser
Leutershausen	5	2019	12	Batteriewas- ser
Kä4 alt	5	2018	12	Batteriewas- ser
Kä4	5	2018	12	Batteriewas- ser
Heddesheim	5	2019	12	Batteriewas- ser
No21	5	2019	12	Batteriewas- ser
R52	10	2018	6	Batteriewas- ser
Schriesheim	5	2019	12	Batteriewas- ser
Se11	5	2015	12	Batteriewas- ser
Se49	10	2014	6	Batteriewas- ser
Viernheim Eishalle	10	2019	6	Batteriewas- ser
Viernheim Tierheim	10	2019	6	Batteriewas- ser
Wa20	10	2017	6	Batteriewas- ser
Weinheim Bhf	10	2017	6	Batteriewas- ser
Weinheim Blumen- str	5	2019	12	Batteriewas- ser



## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

Wieblingen Taubenf	10	2015	6	Batteriewas- ser
Franklin	10	2023	6	Batteriewas- ser
Kä 125	10	2023	6	Batteriewas- ser
Adenauerplatz	10	2014	6	Batteriewas- ser
Betriebshof HD	10	2019	6	Batteriewas- ser
Eppelheim	10	2019	6	Batteriewas- ser
Gundolfstr	10	2019	6	Batteriewas- ser
Hand Nord	5	2019	12	Batteriewas- ser
Hand B3	5	2019	12	Batteriewas- ser
Hand Landstr	10	2019	6	Batteriewas- ser
Hagenstraße	10	2019	6	Batteriewas- ser
Industriestraße	10	2019	6	Batteriewas- ser
Ilse Krall	10	2019	6	Batteriewas- ser
Kirchheim	10	2019	6	Batteriewas- ser
Leimen	10	2019	6	Batteriewas- ser
Montpellierbrücke	10	2019	6	Batteriewas- ser
Rohrbach Süd	5	2019	12	Batteriewas- ser
Schillerstraße	5	2019	12	Batteriewas- ser
F12	5	2017	12	Batteriewas- ser
L12	5	2022	12	Batteriewas- ser
L25	5	2019	12	Batteriewas- ser
L44	10	2021	6	Batteriewas- ser
OH60	30	2015	2	Batteriewas- ser
OH625	10	2015	6	Batteriewas- ser
Oppau	10	2018	6	Batteriewas- ser

## Batteriewechsel auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

R25	5	2015	12	Batteriewasser
R31	5	2015	12	Batteriewasser
Bad Dürkheim	5	2015	12	Batteriewasser
Ellerstadt	10	2018	6	Batteriewasser
Gönnheim	5	2017	12	Batteriewasser
Ruchheim	5	2019	12	Batteriewasser

### 4.6. Besondere Erschwernisse, Besonderheiten an den Anlagen

Bei der Ausführung der Leistungen sind insbesondere folgende Erschwernisse zu berücksichtigen:

1. Erschwernisse durch öffentlichen (motorisierten) Individual- und Fußgängerverkehr
2. Erschwernisse durch Arbeiten im Tunnel
3. Einsatz in frequenzschwachen Zeiträumen (Wochenende und/oder in den Abend- und Nachstunden)

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

## **Vertragsbedingungen**

### **Präambel**

Diese Vertragsbedingungen gelten für den Rahmenvertrag über den Wechsel von Batterien auf Abruf in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH.

### **1 Vertragslaufzeit und Verlängerungsoption**

- (1) Die Rahmenvereinbarung läuft ab dem Datum der Zuschlagerteilung vier Jahre. Einzelaufträge, die während der Vertragslaufzeit erteilt werden, sind vom AN auch dann noch zu den vereinbarten Konditionen durchzuführen, wenn die Ausführung des Einzelauftrags nach Ablauf der Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung erfolgt.
- (2) Der AG hat die Möglichkeit, die Rahmenvereinbarung einmal um ein Jahr zu verlängern. Die Ausübung der Verlängerungsoption erfolgt durch schriftliche Erklärung, die dem AN spätestens 4 Wochen vor Ablauf der Festlaufzeit zugehen muss.
- (3) Die Verpflichtung, die Option zur Verlängerung zu ziehen, kann gegenüber der rnv nicht automatisch geltend gemacht werden. Die rnv behält sich vor, eine Option zur Verlängerung zu ziehen.
- (4) Mit Erreichen der maximalen Abrufmengen gemäß der Rahmenvereinbarung, endet die Rahmenvereinbarung automatisch.

### **2 Einzelbeauftragungen**

- (1) Die Beauftragung erfolgt auf Grundlage der Rahmenvereinbarung und des auf dieser Basis vom AN abgegebenen Angebotes mittels schriftlicher Bestellung, unter Angabe der Bestellnummer und des Bestelldatums.
- (2) Der AN ist gehalten, die Bestellung des AG innerhalb einer Frist von sechs Werktagen schriftlich zu bestätigen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, die Leistung gemäß dem Abnahmeplan zu erbringen.
- (4) Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat der AN den AG zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (5) Der AN ist verpflichtet, dem AG unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er den vereinbarten Leistungszeitraum – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (6) Die angegebenen Mengen / Leistungen sind als unverbindlicher Forecast für vier Jahre ermittelt worden und können Abweichungen in Form von Mehr- oder Mindermengen haben. Der AG behält sich vor, einzelne Leistungen bzw. Leistungsverzeichnispositionen ganz oder teilweise nicht ausführen zu lassen. Eine Erhöhung oder Verminderung der im Leis-

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

tungsverzeichnis angegebenen Mengen / Leistungen wird nach den angebotenen Einheitspreisen abgerechnet. Eine Vergütung/ Entschädigung des AN für dadurch entgangenen Gewinn erfolgt nicht.

- (7) Der AG bestätigt dem AN sechs Werktage vor Vollendung des Folgemonats schriftlich, an die vom AN angegebene E-Mail-Adresse, welche Batterien in welchem Gleichrichtunterwerk zu tauschen sind.
- (8) Der AN ist gehalten, die in Absatz 4 genannte Mitteilung innerhalb einer Frist von sechs Werktagen schriftlich zu bestätigen. Die Leistung ist durch den AN innerhalb des Folgemonats vollständig zu erbringen.
- (9) Eine Einzelbeauftragung im Rahmen kurzfristiger Ausfälle erfolgt per E-Mail durch den AG an die vom AN angegebene E-Mail-Adresse. Hierfür entfällt die Angabe einer Bestellnummer. Das Datum sowie die Uhrzeit der Bestellung sind in diesem Fall der E-Mail zu entnehmen. Der AN verpflichtet sich, innerhalb von 72 h nach schriftlicher Beauftragung per E-Mail, den Batteriewechsel gemäß der Vergabeunterlagen vorzunehmen.
- (10) Aus der Rahmenvereinbarung folgt kein Rechtsanspruch auf Einzelbeauftragung. Weder besteht Anspruch auf einen bestimmten Umfang noch auf eine bestimmte Zahl an Einzelaufträgen. Hiervon ausgenommen ist Ziffer 4 dieser Vertragsbedingungen. Etwaige Preisanpassungsansprüche aus § 313 BGB und Ziffer 3.3 dieser Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt.

### **3 Rahmenvereinbarungspreise**

- (1) Alle Preise verstehen sich als Nettopreise, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist. Die Umsatzsteuer ist in der jeweils am Tage der Leistungserbringung geltenden gesetzlichen Höhe zu berechnen.
- (2) Die Preise umfassen alle zur Durchführung notwendigen Leistungen einschließlich aller Nebenleistungen. Enthalten sind insbesondere auch Kosten für die Verpackung, das Aufladen, die Abholung und Beförderung vom/bis zum Sitz des AG bzw. dem jeweiligen Erfüllungsort des AG samt Transportversicherung, eventuell anfallender Zölle und Abgaben, Demontage, Entsorgung der alten Batterien, Montage der neuen Batterien, Inbetriebnahme der Batterieanlagen, Prüfung und Justierung der Schaltanlage. Ebenso umfassen die jeweiligen Preise sämtliche Personal- und Sachkosten sowie sonstige Kosten inklusive aller Nebenkosten, auch dann, wenn die entsprechenden Nebenleistungen nicht explizit genannt werden, jedoch für eine vertragsgerechte Leistungserbringung notwendig sind. Etwaige Patentgebühren, Lizenzvergütungen oder die Benutzung fremder Schutzrechte sind vom AN zu klären und durch die vereinbarten Preise abgegolten. Mögliche Preisanpassungsansprüche des AN aus § 313 BGB bleiben unberührt.
- (3) Falls Preisnachlässe vereinbart wurden, gelten diese Preisnachlässe auch für sämtliche Nachtragsleistungen.
- (4) Der AN hält sich für eine Vertragslaufzeit von zwei Jahren an seine Preise gebunden. Dies gilt auch, wenn die abgerufene Menge von der in der Rahmenvereinbarung ausgeschriebenen Menge abweichen sollte, gleich ob es sich um Mehr- oder Mindermengen handelt. Ansprüche des AN aus § 313 BGB bleiben hiervon unberührt.

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

- (5) Preisanpassungen sind frühestens ab dem dritten Jahr nach Auftragserteilung und maximal einmal pro 24 Monate möglich.
- (6) Beabsichtigt der AN Preisanpassungen vorzunehmen, so ist dies mit einer Frist von jeweils drei Monaten vorab schriftlich dem AG anzuzeigen sowie zu begründen. Die Preisanpassung tritt ausschließlich durch schriftliche Zustimmung des AG in Kraft. Der AG behält sich vor, unbegründete Preiserhöhung abzulehnen.
- (7) Die Fortschreibung richtet sich nach den Vorgaben des Preisklausel-Gesetzes. Alle Preise im Angebot des Auftragnehmers gelten für die Preisfortschreibung als mit Preisstand 2024 angegeben. Die Preisfortschreibung erfolgt jeweils von Kalenderjahr zu Kalenderjahr.

Es gilt jeweils der Anfang eines Kalenderjahres durch das Statistische Bundesamt veröffentlichte Jahresdurchschnittswert des Vorjahres als Abrechnungsbasis für das laufende Kalenderjahr.

So wird zum Beispiel für die Ermittlung der Preise für das Jahr 2027 die Steigerung der Indizes 2026 (Jahresdurchschnittswert des Vorjahres) gegenüber 2025 (Jahresdurchschnittswert des Vorjahres) herangezogen.

Erfolgt eine Bestellung zu Beginn eines Kalenderjahres zu einem Zeitpunkt, zu dem das Statistische Bundesamt den Jahresdurchschnittswert des Vorjahres noch nicht veröffentlicht hat, erfolgt die Preisfortschreibung anhand des Durchschnittswerts der Indizes der Monate des Vorjahres, für die vom Statistischen Bundesamt bereits Werte veröffentlicht sind.

Die Fortschreibung erfolgt anhand folgender Preisgleitformel:

$$P_n = P_a \left( a \frac{M_n}{M_a} + b \frac{L_n}{L_a} \right)$$

$P_n$	=	neuer Preis
$P_a$	=	alter Preis
$a$	=	Materialkostenanteil in % gemäß Angebot (für die Berechnung ist der Anteil als Dezimalzahl einzugeben, d.h. 30% = 0,3)
$M_n$	=	Index Materialkosten des Vorjahres
$M_a$	=	Index Materialkosten des Vorjahres
$b$	=	Lohnkostenanteil in % gemäß Angebot (für die Berechnung ist der Anteil als Dezimalzahl einzugeben, d.h. 30% = 0,3)
$L_n$	=	Index Lohnkosten des Vorjahres
$L_a$	=	Index Lohnkosten des Vorjahres

### Index Materialkosten:

Maßgebender Index für die vorstehende Berechnungsformel ist, der vom statistischen Bundesamt ermittelte „Erzeugerpreisindex für Akkumulatoren und Batterien“ (= lfd. Nr. 386 / Nr. der GP-Systematik 272 des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte).

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

**Index Lohnkosten:**

Maßgebender Index für die vorstehende Berechnungsformel ist, der vom statistischen Bundesamt ermittelte „Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen“ (= lfd. Nr. WZ08-82 des Wirtschaftszweiges „Dienstleistungen für Unternehmen u. Privatpers. ang“).

**4 Garantierte Abnahmemenge**

- (1) Der AN verpflichtet sich, jederzeit 30 Batterien vorzuhalten, um einen fristgerechten Wechsel innerhalb von 72 h nach schriftlicher Aufforderung durch den AG gemäß Ziffer 2.2 zu gewährleisten.
- (2) Der AG garantiert eine Mindestabnahmemenge von 30 Batterien über die gesamte Vertragslaufzeit.

**5 Leistungserbringung**

- (1) Der AN wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern (mindestens Elektrofachkraft nach DIN VDE 105-100) erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Die vom AG benannten Leistungsmerkmale entbinden den AN nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Der AN wird den AG unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 8.3 und 8.4 Anwendung.
- (2) Auf Verlangen des AG hat der AN jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.

**6 Lieferleistungen**

- (1) Der Bieter garantiert, dass die zu erbringende Lieferleistung die zwingend zu erfüllenden Anforderungen an die Lieferung erfüllen, insbesondere:
  - a. die zugesicherte Beschaffenheit beziehungsweise die zugesicherten Eigenschaften (gemäß § 443 BGB) und
  - b. die zugesicherten Mengen

gemäß Leistungsverzeichnis, Liste der Erfüllung der Anforderungen des Leistungsverzeichnisses und des Preisblattes.

- (2) Der Bieter garantiert, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen so aufeinander abgestimmt und so vollständig sind, dass gewährleistet ist, die Aufgabenstellung gemäß Leistungsverzeichnis in Verbindung mit dem Auftragsschreiben und die daraus resultierenden Anforderungen zu erfüllen. Auch wenn einzelne Lieferungen und / oder Leistungen nicht ausdrücklich genannt sind, sind sie vom Bieter im Rahmen seiner Pflichten ohne gesonderte Berechnung zu erbringen, wenn diese Lieferungen und / oder Leistungen nach sachkundiger Auffassung zur Vollständigkeit der Lieferungen und / oder Leistungen oder deren einwandfreier Funktion erforderlich sind.

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

## **7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der AN hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der AN hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (3) Der AN hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des AN gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der AN darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des AN nicht eingerichtet ist, allerdings ist der AG in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine vom AG nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt den AG zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der AN steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der AN verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des AN sind dessen Erfüllungsgehilfen.
- (4) Der AN hat für eine lückenlose, vollumfängliche und ordnungsgemäße Dokumentation seiner Leistungen zu sorgen sowie alle erforderlichen Inbetriebnahmen und Sachverständigenprüfungen durchzuführen. Die Dokumentation nebst Inbetriebnahmen und Prüfungen müssen den Vorgaben aus der technischen Leistungsbeschreibung sowie den einschlägigen technischen Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik entsprechen.
- (5) Die Dokumentationsunterlagen und Protokolle sind dem AG innerhalb von 10 Kalendertagen nach Durchführung unaufgefordert in elektronischer Form an die vom AG angegebene E-Mail-Adresse zu übermitteln.
- (6) Überprüfungen und/oder Freigaben des AG lassen die Haftung und Einstandspflicht des AN für seine ordnungsgemäße und vertragsgerechte Leistungserbringung in allem unberührt. Überprüfungen und/oder Freigaben des AG erfolgen nicht in Erfüllung einer Verpflichtung / Obliegenheit des AG gegenüber dem AN und begründen nicht den Einwand eines etwaigen Mitverschuldens.
- (7) Sollte es erforderlich werden Anträge zu einer Zollabfertigung zu stellen, so ist der AN verpflichtet im Namen des AG die zur Zollabfertigung erforderlichen Anträge zu stellen.

## **8 Change Request, Mehraufwendungen**

- (1) Der AG ist berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilt der AG dem AN schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der AN informiert den AG spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt,

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

und unterbreitet dem AG ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den AN unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, kann der AG den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn für den AG ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unzumutbar ist.

- (4) Nimmt der AG das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der AN der Auffassung, dass die Vorgaben des AG oder andere vom AG zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der AN Änderungen an den vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er dem AG dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 8.3 und 8.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.
- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 8.4 vereinbart wurde. Der AN kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er dies dem AG gemäß Ziffer 8.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

## **9 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers**

- (1) Der AG ist berechtigt, die dem AN übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der AN und dessen Bedienstete sind verpflichtet, den mündlichen und schriftlichen Weisungen des AG zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der AN ist gehalten, dem AG auf dessen Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und dem AG Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der AN ist ferner verpflichtet, den AG über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der AN hat den AG unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom AN zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.



**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

- (5) Der AN hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der AN zu tragen.

## **10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers**

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der AN haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Die Haftung des AG ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe kann der AG wie eigene Schäden gegenüber dem AN geltend machen.
- (5) Der AN stellt den AG von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom AN übernommenen Leistungen erhoben werden.

## **11 Vertragsstrafe bei Verzug**

- (1) Bei vom AN schuldhaft verursachter Überschreitung (Verzug) der vereinbarten Vertragsfrist (Rahmenterminplan) pro Gleichrichtunterwerk ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der anteiligen, auf das jeweilige Gleichrichtunterwerk entfallenden Netto-Einzelauftragssumme pro Werktag der Fristüberschreitung, höchstens jedoch maximal 5 % der auf das jeweilige Gleichrichtunterwerk anteilig entfallenden Netto-Einzelauftragssumme als Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Gesamtsumme aller möglichen Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der Fertigstellungsfristen innerhalb eines Einzelauftrages ist auf maximal 5 % der Gesamt-Netto-Einzelauftragssumme begrenzt.
- (2) Bei vom AN schuldhaft verursachter Überschreitung (Verzug) der vereinbarten Vertragsfristen für Notfallmaßnahmen ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % der anteiligen, auf das jeweilige Gleichrichtunterwerk entfallenden Netto-Einzelauftragssumme pro Stunde der Fristüberschreitung, höchstens jedoch maximal 5 % der auf das jeweilige Gleichrichtunterwerk anteilig entfallenden Netto-Einzelauftragssumme als Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Gesamtsumme aller möglichen Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der Fertigstellungsfristen innerhalb eines Einzelauftrages ist auf maximal 5 % der Gesamt-Netto-Einzelauftragssumme begrenzt.
- (3) Der AG ist berechtigt, sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe gemäß Ziffer 11.1 bis zur Fälligkeit der Schlussabrechnung des Einzelauftrages vorzubehalten. Weitergehende Ansprüche und Rechte des AG bleiben vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf etwaige Schadensersatzansprüche wegen Verzugs angerechnet.

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

## **12 Abnahme**

- (1) Nach abnahmereifer Fertigstellung der Einzelauftragsleistungen führt der AG eine rechtsgeschäftliche Abnahme durch. Der AG ist berechtigt, bei wesentlichen Mängeln die rechtsgeschäftliche Abnahme zu verweigern.
- (2) Die Abnahme wird als förmliche Abnahme zwischen den Parteien vereinbart. Eine konkludente Abnahme durch bloße Fertigstellungsanzeige oder Ingebrauchnahme wird ausgeschlossen. Die Möglichkeit einer fiktiven Abnahme gemäß § 640 Abs. 2 BGB bleibt unberührt. Die Rechtsfolge einer fiktiven Abnahme gemäß § 640 Abs. 2 S. 1 BGB tritt allerdings nur ein, wenn der AN dem AG zusammen mit der Aufforderung zur Abnahme auf die Folgen einer nicht erklärten oder ohne Angaben von Mängeln verweigerten Abnahme hingewiesen hat. Der Hinweis des AN bedarf der Textform.
- (3) Zwischenkontrollen des AG während der Durchführung der Einzelauftragsleistungen durch den AN sind ebenso wie technische „Abnahmen“ keine rechtsgeschäftlichen Abnahmen im vorgenannten Sinn.

## **13 Gewährleistungsansprüche**

- (1) Der AN garantiert eine Gewährleistung von 24 Monaten, gerechnet ab dem Tag der Abnahme.
- (2) Die Gewährleistung gemäß Ziffer 13.1 findet ebenso für die sich im Lager des AN befindenden Batterien Anwendung.
- (3) Der Austausch von Batteriewasser, etwaige Batteriemessungen und Sichtprüfungen an den Batterien sowie sonstige Routinearbeiten an den Batterien durch den AG und/oder seinen Erfüllungsgehilfen haben keinen Einfluss auf die Gewährleistung.

## **14 (Mängel-)Haftung**

Die Haftung ebenso wie die Mängelhaftung des AN nach Abnahme richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Verjährungsfrist für die vom AN durchzuführenden Einzelauftragsleistungen betragen 24 Monate gerechnet ab der Abnahme. Die Haftung für Mangelfolgeschäden oder für Personen-, Sach- oder sonstige Vermögensschäden ist der Höhe nach auf € 500.000,00 pro Einzelauftrag beschränkt. Die Haftungsbeschränkung kommt nicht zur Anwendung bei vorsätzlichem Handeln des AN oder eines seiner Erfüllungsgehilfen.

## **15 Rechnungsstellung**

- (1) Rechnungen sind durch den AN unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer per E-Mail als PDF-Datei an folgende E-Mail-Adresse:

*RG\_rnv@rnv-online.de*

Es bestehen folgende Anforderungen an die versendeten Rechnungen:

Dateiformat

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung .pdf akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (: \*?/“><) im Dateinamen

Dateiinhalt

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene E-Mail-Adresse. Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige E-Mail-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Eine Übersicht über die Anforderungen an die Rechnungsqualität mit einer Beispielrechnung ist in der Anlage enthalten.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich an:

*Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de*

- (2) Sollte der AN die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken bzw. vermerkt haben, ist eine Bearbeitung durch die rnv nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird die rnv die Rechnung zu ihrer Entlastung an den AN zurücksenden.

## **16      Datenschutz**

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Datenbestimmungen zum Datenschutz einzuhalten und von allen Mitarbeitern und Erfüllungsgehilfen, die mit der vertraglich geschuldeten Leistung oder dem vorangegangenen Vergabeverfahren in Berührung kommen, falls erforderlich, entsprechende gesonderte Zustimmungserklärungen in gesetzlich geforderter Form einzuholen.

## **17      Compliance**

- (1) Der AN bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraf-taten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß ist der AG berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum AN zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw.

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]  
[024-25-EK2]**

von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der AN nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit dem AG betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.

- (2) Hat der AN im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an den AG zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

## **18 Kündigung**

- (1) Kündigung und Kündigungsfolgen regeln sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere nach §§ 648, 648a BGB. Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den AG auch vor, wenn der AN – gegebenenfalls trotz Abmahnung – schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur Einhaltung des Mindestlohns verstößt oder die Vorschriften zur Bekämpfung der Korruption und Schwarzarbeit bzw. seine sozialversicherungsrechtlichen, steuerrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen schuldhaft verletzt bzw. ungenehmigt Unterauftragnehmer einsetzt bzw. einen ungenehmigten Wechsel seines Projektleiters vornimmt.
- (2) Kommt es zu einer vorzeitigen Kündigung, gleich aus welchem Grund, ist der AG verpflichtet, gemäß Ziffer 4.2 die Mindestmenge abzunehmen.

## **19 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache**

- (1) Der jeweilige Erfüllungsort der zu erbringenden Leistungen richtet sich nach der Örtlichkeit des jeweiligen Gleichrichtunterwerkes im Verkehrsgebiet der rnv.
- (2) Der ausschließliche örtliche Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung und den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelaufträgen ist der Sitz des AG in 68165 Mannheim / Deutschland.
- (3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Verfügt der AN über keinen Sitz in Deutschland und auch über keine Niederlassung mit Sitz in Deutschland (§ 21 ZPO), ist der AN verpflichtet, dem AG spätestens 2 Wochen nach Vertragsschluss einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in Deutschland zu benennen und bis zum Ablauf von mindestens 2 Jahren nach Gesamtfertigstellung der vertraglichen Leistungen aufrechtzuerhalten. Die Vertrags- und Arbeitssprache ist deutsch.
- (4) Sollten sich einzelne oder mehrere Bestimmungen als unwirksam, nichtig oder lückenhaft erweisen, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrags hiervon unberührt. Die Vertragsparteien werden die unwirksame oder nichtige Bestimmung durch eine solche Regelung ersetzen bzw. die Vertragslücke durch eine solche Regelung ausfüllen, mit denen der von ihnen verfolgte wirtschaftliche Zweck am ehesten erreicht werden kann.
- (5) Der Vertrag gilt mit Angebotsabgabe als unterzeichnet und bedarf keiner zusätzlichen Unterschrift.

# **Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe**

## **§ 1 Geltungsbereich**

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (AEB Liefer- und Werkleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Auftragnehmer“). Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten insbesondere für Verträge über den Einkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) an die rnv-Gruppe, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Liefer- und Werkleistungen in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen bzw. jedenfalls in der zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB Liefer- und Werkleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.

(4) Individuelle Vereinbarungen (z. B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und Angaben in unserer Bestellung haben Vorrang vor den AEB Liefer- und Werkleistungen. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit im Sinne dieser AEB Liefer- und Werkleistungen schließt Schrift- und Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) ein. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Liefer- und Werkleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

## **§ 2 Vertragsschluss**

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 1 Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

## **§ 3 Lieferzeit und Verzug**

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 2 Wochen ab Vertragschluss. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 1 % des Nettopreises pro vollendeter Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des jeweiligen Auftragswerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt

der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

#### **§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug**

(1) Der Auftragnehmer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).

(2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Mannheim, Möhlstraße 27, zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Auftragnehmer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

#### **§ 5 Höhere Gewalt**

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ereignisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme/Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

#### **§ 6 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall**

(1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.

(2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

#### **§ 7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers**

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Insbesondere sind alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United

Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden:

<https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.

(3) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.

(4) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.

(5) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß § 6 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.

(6) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 5 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

(7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

## **§ 8 Preise und Zahlungsbedingungen**

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung, Zoll) ein.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

## **§ 9 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung**

(1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.

(3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.

(4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

## **§ 10 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt**

(1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst nach unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.

(2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben hiervon unberührt.

(3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen. Das Gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

(5) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Auftragnehmers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

## **§ 11 Gewährleistungsansprüche**

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zu unseren Gunsten, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB Liefer- und Werkleistungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Auftragnehmer oder vom Hersteller stammt.



(3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffungsvereinbarung gemäß Abs. 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt. Ergänzend gilt § 475b BGB.

(4) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. .

(5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

(6) Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Auftragnehmer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Auftragnehmer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

(7) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde, bevor der Mangel offenbar wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen (Aus- und Einbaukosten) bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten, trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(8) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

## **§ 12 Produzentenhaftung**

(1) Ist der Auftragnehmer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von

Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

### **§ 13 Haftpflichtversicherung**

(1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert, sicherstellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.

(2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Dem Auftraggeber sind auf Verlangen Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, hat der Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht.

### **§ 14 Schutzrechte**

(1) Der Auftragnehmer steht nach Maßgabe dieses Abs. 1 dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden. Er ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen einer solchen Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.

(2) Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt.

### **§ 15 Verjährung**

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

### **§ 16 Rechtswahl und Gerichtsstand**

(1) Für diese AEB Liefer- und Werkleistungen und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB Liefer- und Werkleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

**[Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]**  
[024-25-EK2]

## **Vertragsgrundlagen**

### **1 Vertragsgrundlagen und Anwendungsbereich**

(1) Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Die Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
2. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
3. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
4. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
5. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
6. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
7. Die aktuell gültige Fassung des BGB

(2) Sind in einer der vorgenannten Vertragsunterlagen Einzelleistungen oder Leistungsstandard nicht oder anders erwähnt, als in den anderen Vertragsunterlagen, ist zu prüfen, ob die widersprüchlichen Angaben auf einer Fortentwicklung oder Änderung der zu erbringenden Leistungen (unechter Widerspruch) beruhen. In diesem Fall ist Gegenstand der Leistungspflicht insoweit die fortentwickelte oder geänderte Leistung und die sie betreffenden Vertragsunterlagen. Nur dort, wo sich widersprechende Angaben nicht aus solchen geänderten oder fortentwickelten Angaben der Unterlagen ergeben, die Vertragsbestandteile sind, liegt ein echter Widerspruch vor, der durch Auslegung zu beseitigen ist.

(3) Diese Vertragsbedingungen finden nicht nur Anwendung auf die Rahmenvereinbarung, sondern auch auf die gemäß Rahmenvereinbarung erteilten Einzelaufträge, auch wenn in den Einzelbeauftragungen nicht nochmals ausdrücklich auf die Rahmenvereinbarung bzw. diese Vertragsbedingungen Bezug genommen wird.

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

22.11.2024

Verfahren: 024-25-EK2 - Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

<b>1</b>	<b>Rahmenvertrag für 4 Jahre: Batteriewechsel gemäß Turnus Lieferung Batterien, Demontage und Entsorgung der alten Batterien, Montage der neuen Batterien, Inbetriebnahme der Batterieanlagen, Prüfung und Justierung der Schaltanlage.</b>	<b>EUR .....</b>
----------	---	------------------

<b>1.1</b>	<b>Batterieaustausch - GUW mit 10 Batterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>51,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

### Textergänzungen/Eigenschaften

Bitte geben Sie an, welcher Anteil in Prozent dieser Position auf Materialkosten entfällt. : \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie an, welcher Anteil in Prozent dieser Position auf Lohnkosten entfällt.: \_\_\_\_\_

<b>1.2</b>	<b>Jährliche Pauschle für Lagerkosten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>4,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

1.3	<b>Batterieaustausch - GUW mit 5 Batterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Pauschale	..... pro 1,00 Pauschale	.....
1.4	<b>Bei Umstellung von 5 auf 10 Batterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	34,00	Pauschale	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Beinhaltet Neulieferung des Batterieschranks und Tausch der Batterien von 5 auf 10 Batterien.					
1.5	<b>Austausch GUW mit 60 Batterien und Reduzierung auf 10 Batterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	..... pro 1,00 Pauschale	.....
1.6	<b>Zulage Nacharbeit bei Batteriewechsel (Pauschale je Einsatz)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	17,00	Pauschale	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Einzel abzurufen, keine Abnahmeverpflichtung durch den					

Auftraggeber.

1.7	<b>Anfahrt bei Ausfall</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Pauschale	.....	.....
		Preis pauschal je Einsatz.				pro 1,00 Pauschale
1.8	<b>Tausch der Batterien bei Ausfall (Notfall)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Stück	.....	.....
		Anzahl Batterie 1-10 Stück, Preis je Batterie (Stück).				pro 1,00 Stück
1.9	<b>Arbeitszeit für Tausch bei Ausfall (Notfall)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Stunde	.....	.....
		Arbeitszeit auf Stundenbasis ohne Anfahrt.				pro 1,00 Stunde
1.10	<b>Zulage für Nachtarbeit bei Batteriewechsel bei Ausfall (auf Stundenbasis)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	Stunde	.....	.....
						pro 1,00 Stunde

---

<b>2</b>	<b>Option - Verlängerung um 1 Jahr</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

**Optionalpositionen**

Optional / wird nur bei Bedarf beauftragt.  
 Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne  
 Inanspruchnahme dieser Optionalpositionen abzuschließen und  
 diese Positionen nicht mehr zu beauftragen. Der Auftragnehmer hat  
 keinen Anspruch auf die Beauftragung oder auf das Honorar einer  
 nicht beauftragten Optionalposition.

<b>2.1</b>	<b>Jährliche Pauschle für Lagerkosten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet

---

<b>2.2</b>	<b>Austausch GUW mit 5 Batterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>5,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet
	Einzeln abzurufen, keine Verpflichtung zur Abnahme durch den Auftraggeber.					

---

<b>2.3 Austausch GUV mit 10 Batterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>15,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet
Einzel abzurufen, keine Verpflichtung zur Abnahme durch den Auftraggeber.					

---

<b>2.4 Anfahrt bei Ausfall</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>2,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet
Preis pauschal je Einsatz.					

---

<b>2.5 Tausch der Batterien bei Ausfall (Notfall)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>4,00</b>	<b>Stück</b>	..... pro 1,00 Stück	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet
Anzahl Batterie 1-10 Stück, Preis je Batterie (Stück).					

---

<b>2.6 Arbeitszeit für Tausch bei Ausfall (Notfall)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>2,00</b>	<b>Stunde</b>	..... pro 1,00 Stunde	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet
Arbeitszeit auf Stundenbasis ohne Anfahrt.					



2.7	<b>Zulage für Nacharbeit bei Batteriewechsel bei Ausfall (auf Stundenbasis)</b>				Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		USt. [%]	Menge	Einheit		
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Stunde</b>	..... pro 1,00 Stunde	Nicht im Angebotsgesamtpreis eingerechnet

#### ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

## Ausschreibung

Verfahren: 024-25-EK2 - Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken  
im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

---

### AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

## Wertungsschema

### Übersicht:

Kriterium	Wertungspunkte	Anteil im Kriterium	Anteil an Gesamtwertung
<b>Fiktiver Wertungspreis</b>	<b>70</b>		<b>70%</b>
1. Wertungspreis inkl. optionaler Vertragsverlängerung		100%	
<b>Leistungskriterien</b>	<b>30</b>		<b>30%</b>
2. Reaktionszeit für Notfall-Batterieaustausch		100%	
<b>SUMME</b>	<b>100</b>		<b>100%</b>

Insgesamt werden 100 Wertungspunkte vergeben, diese werden gemäß der vorgenannten Übersicht auf die einzelnen Zuschlagskriterien verteilt. Den Zuschlag erhält das Angebot, welches insgesamt die meisten Wertungspunkte erhält.

### 1. Zuschlagskriterium fiktiver Wertungspreis

Das Zuschlagskriterium fiktiver Wertungspreis hat einen Gesamtanteil an der Wertung von 70%, das entspricht einer Maximalzahl von 70 Wertungspunkten.

Für die Bewertung im Zuschlagskriterium Preis wird ein „fiktiver Wertungspreis“ gebildet aus den Preisen der einzelnen Positionen des Preisblatts inklusive der optionalen Vertragsverlängerung.

Der fiktive Wertungspreis wird durch das Preisblatt wie folgt ermittelt:

Die Summe aus den Positionen 1.1 bis 1.10 sowie 2.1 bis 2.6.

Der sich daraus ergebende niedrigste „fiktive Wertungspreis“ erhält bei der Bewertung die Höchstpunktzahl von 70 Wertungspunkten.

Die Wertungspunktzahl des jeweiligen Angebotes wird mit folgender Formel ermittelt:

$$70 \times \frac{\text{niedrigster fiktiver Wertungspreis}}{\text{fiktiver Wertungspreis des jeweiligen Angebotes}}$$

## 2. Zuschlagskriterium Reaktionszeit für Notfall-Batterieaustausch

Das Zuschlagskriterium Reaktionszeit hat einen Gesamtanteil von 30%, das entspricht einer Maximalzahl von 30 Wertungspunkten.

Die erreichte Punktzahl richtet sich nach der vom Bieter verbindlich abgegebenen Reaktionszeit. Die möglichen Reaktionszeiten und die jeweiligen Wertungspunkte ergeben sich aus folgender Tabelle:

Übersicht der Lieferzeiten	Punktzahl
Reaktion und Ausrücken innerhalb von 24 Stunden.	30
Reaktion und Ausrücken innerhalb von 48 Stunden.	15
Reaktion und Ausrücken innerhalb von 72 Stunden.	0
Keine Angabe	0 / Ausschluss des Angebots

1. Jahr			2. Jahr			3. Jahr			4. Jahr			5. Jahr		
C 51	Q3 17, 68161 Mannheim	MVV	R50	Carl-Benz-Straße, 68167 Mannheim	MVV	F12	Carl-Bosch-Straße 139, 67063 Ludwigshafen	VL	Handschuhsheim Nord	Husaren Weg 18, 69121 Heidelberg	HSB	Kä 4	Rebenstraße 13b, 68309 Mannheim	OEG
E60	Boveristraße 40-42, 68309 Mannheim	MVV	R52	Eisenlohrplatz, 68167 Mannheim	MVV	L12	Yorckstraße 2, 67061 Ludwigshafen	VL	Handschuhsheim Nord B3	Dossenheimer Landstraße 119, 69121 Heidelberg	HSB	Kä 4 Alt	Rebenstraße 13b, 68309 Mannheim	OEG
F40	Neckarauer Straße 18, 68199 Mannheim	MVV	R55	Am Meißplatz, 68169 Mannheim	MVV	L25	B37, 67059 Ludwigshafen	VL	Handschuhsheimer Landstraße	Steuberstraße 13, 69121 Heidelberg	HSB	Leutershausen	Landstraße, 69493 Hirschberg	OEG
F150	Innstraße, 68199 Mannheim	MVV	Rh100	Relaisstraße 200, 68219 Mannheim	MVV	L44	Rathauspassage, 67509 Ludwigshafen	VL	Hagenstraße	Hagenstraße 2, 69126 Heidelberg	HSB	No 21	B38a, 68163 Mannheim	OEG
F160	Meeräckerstraße 91, 68163 Mannheim	MVV	Rh103	Karlsplatz, 68219 Mannheim	MVV	OH60	Mannheimer Straße 80, 67071 Ludwigshafen	VL	Industriestraße	Eppelheimerstraße 61, 69123 Heidelberg	HSB	Schriesheim	Landstraße 31, 69198 Schriesheim	OEG
F163	Rheingoldstraße 91, 68199 Mannheim	MVV	S20	Möhlstraße 35, 68165 Mannheim	MVV	OH625	Oderstraße 17, 67071 Ludwigshafen	VL	Ilse-Krall Straße	Ilse-Krall-Straße 7, 69124 Heidelberg	HSB	Se 11	Seckenheimer Hauptstraße 160, 68239 Mannheim	OEG
Fe14	Am Aubuckel, 68259 Mannheim	MVV	S27	Möhlstraße 35, 68165 Mannheim	MVV	Oppau	Friesenheimer Straße 55, 67069 Ludwigshafen	VL	Kirchheim Friedhof	Heuauer Weg, 69124 Heidelberg	HSB	Se 49	Seckenheimer Landstraße, 68239 Mannheim	OEG
Fe37	Odenwaldstraße, 68259 Mannheim	MVV	Sa50	Sandhoferstraße, 68307 Mannheim	MVV	R25	K7, 67067 Ludwigshafen	VL	Leimen	Nußlocher-Straße 63, 69181 Leimen	HSB	Viernheim Eissporthalle	Alter Weinheimer Weg, 68519 Viernheim	OEG
I21	Akademiestraße, 68159 Mannheim	MVV	V14	L9 12-14, 68161 Mannheim	MVV	R31	Giulinistraße, 67067 Ludwigshafen	VL	Montpellierbrücke	Czernyring Spayererstraße 4, 69115 Heidelberg	HSB	Viernheim Tierheim	Alter Mannheimer Straße 2b, 68519 Viernheim	OEG
K38	B38 a, 68163 Mannheim	MVV	V29	L9 12-14, 68161 Mannheim	MVV	Bad Dürkheim	Mannheimer Straße 49, 67098 Bad Dürkheim	RHB	Rohrbach Süd	Haberstraße, 69126 Heidelberg	HSB	Wa 20	Am Wallstädter Bahnhof 7, 68259 Mannheim	OEG
K40	Hermesheimer Straße, 68163 Mannheim	MVV	Vo31	Brandenburger Straße 1-3, 68309 Mannheim	MVV	Ellerstadt	Bahnstraße 82, 67158 Ellerstadt	RHB	Schillerstraße	Dantestraße 25, 69115 Heidelberg	HSB	Weinheim Bahnhof	Bergstraße 15-25, 69469 Weinheim	OEG
No21	Dürerstraße 102, 68163 Mannheim	MVV	W110	Sandhoferstraße 5, 68305 Mannheim	MVV	Gönnheim	Bahnhofstraße, 67159 Friedelsheim	RHB	Dossenheim	Handschuhsheimer Landstraße, 69221 Dossenheim	OEG	Weinheim Blumenstraße	Blumenstraße, 69469 Weinheim	OEG
O16	Seckenheimerstraße, 68165 Mannheim	MVV	W112	Oppauer Straße 12, 68305 Mannheim	MVV	Ruchheim	Im Reff, 67133 Maxdorf	RHB	Edingen	Bahnhofstraße 39, 68535 Edingen-Neckarhausen	OEG	Wieblingen Taubenfeld	Edinger Straße 9, 69123 Heidelberg	OEG
O41	Hans-Böckler Platz, 68161 Mannheim	MVV	W113	Sandhofer Straße 106, 68305 Mannheim	MVV	Adenauerplatz	Adenauerplatz, 69117 Heidelberg	HSB	Großsachsen	Carl Diem Weg 2-8, 69493 Hirschberg	OEG	Sullivan		MVV
O43	Goethestraße, 68161 Mannheim	MVV	W115	Flensburger Ring 27, 68305 Mannheim	MVV	HD-Betriebshof	Bergheimerstraße, 69117 Heidelberg	HSB	Handschuhsheim Nord B3	Dosseheimer Landstraße 119, 69121 Heidelberg	OEG	Bensheimer Straße		MVV
R15	Friedrich Ebert Straße, 68167 Mannheim	MVV	W120	Anemonenweg 10, 68305 Mannheim	MVV	Eppelheim	Hauptstraße 29, 69214 Eppelheim	HSB	HD- Berufsschule	Wieblingen Weg 7, 69115 Heidelberg	OEG	Fernmeldeturm		OEG
R27	Dudenstraße, 68167 Mannheim	MVV	W121	Danzinger Baumgang, 68307 Mannheim	MVV	Gundolfstraße	Technologie Park Gundolfstraße 20, 69120 Heidelberg	HSB	Heddesheim	Bahnhofstraße, 68542 Heddesheim	OEG			
			Wa28	Sudetenerstraße, 68259 Mannheim	MVV									
			ZZ4	Luisenpark Gartenschauweg, 68165 Mannheim	MVV									

Verfahren: 024-25-EK2 - Rahmenvertrag über Batteriewechsel in den Gleichrichtunterwerken im Verkehrsgebiet der rnv GmbH

## EIGNUNGSKRITERIEN

<b>1</b>	<b>Allgemeine Erklärungen</b>
<b>1.1</b>	<b>Erklärung Insolvenz [Mussangabe]</b>  <small>K.O.-Kriterium: Ja</small> Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein         </div> <div style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.2</b>	<b>Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]</b>  <small>K.O.-Kriterium: Ja</small> Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein         </div> <div style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.3</b>	<b>Erklärung des Bieters [Mussangabe]</b>  <small>K.O.-Kriterium: Ja</small> Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein         </div> <div style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.4</b>	<b>No-Spy-Erklärung [Mussangabe]</b>  <small>K.O.-Kriterium: Ja</small> Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein         </div> <div style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>2</b>	<b>Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen</b>
<b>2.1</b>	<b>Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB</b>  <small>Gewichtung: 0,00%</small>

### 2.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 2.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:  
 Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:  
 Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 2.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu



Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,

- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 2.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 2.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

#### 2.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 3 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

#### 3.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bewerber / Die Bewerbungsgemeinschaft verfügt für den Zeitraum der Leistungsverpflichtung über einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von:

- 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert

Nachzuweisen ist dies durch die Vorlage der Kopie einer Versicherungspolice.  
Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führt.

#### 3.2 Variante a) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben.

Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben. Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie in Ziffer 3.1 beschrieben bereits zum Zeitpunkt des Teilnahmeantrags vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Teilnahmeantrag beigelegt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 3.3 Variante b) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Sofern der Bewerber zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bewerber zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird.

Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Der Bewerber/ Die Bewerbungsgemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie in Ziffer 3.1 beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Teilnahmeantrag beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 4 Erklärungen zu Nachweisen

### 4.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind dem Teilnahmeantrag beizufügen:

- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Angaben zu Mitarbeiter/innen, die im Auftragsfall eingesetzt werden

### 4.2 Handelsregistrauszug

#### 4.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigefügt

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 4.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigefügt

K.O.-Kriterium: Ja

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigefügt ist:

Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 4.3 Angaben zu Mitarbeiter/in

#### 4.3.1 Mindestanforderung Mitarbeiterqualifikation

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bewerber/Die Bewerbungsgemeinschaft hat die Eignung seiner im Auftragsfall eingesetzten Mitarbeiter nachzuweisen anhand beruflicher Qualifikationen/ Ausbildung/Weiterbildung etc.

Das eingesetzte Personal muss mindestens die fachliche Qualifikation der Elektrofachkraft nach DIN VDE 105-100 erfüllen.

#### 4.3.2 Angaben zu Mitarbeitern [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Wir bestätigen, dass das im Auftragsfall eingesetzte Personal die vor genannten Mindestanforderungen erfüllt.

Angaben zu Personen (Namen, Qualifikation und Position), die im Falle einer Beauftragung eingesetzt werden, sind dem Teilnahmeantrag beigefügt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5 Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage

### 5.1 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

#### 5.1.1 Umsatz

K.O.-Kriterium: Nein

Jahresumsatz (netto) des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren der erzielt wurde, d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren [2021, 2022, 2023] abgeschlossen wurden. Die Umsätze aller Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

#### 5.1.2 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2021

**5.1.3 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

**5.1.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

**5.1.5 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2021

**5.1.6 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

**5.1.7 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

**5.2 Eigenerklärung zur Mitarbeiteranzahl**

Gewichtung: 0,00%

**5.2.1 Mitarbeiteranzahl**

K.O.-Kriterium: Nein

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl des Bieters/der Bietergemeinschaft ist sowohl im Gesamten als auch spezifisch für vergleichbare Projekte anzugeben.

**5.2.2 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2021

**5.2.3 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2021

**5.2.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

**5.2.5 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2022

**5.2.6 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

**5.2.7 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2023

**5.2.8 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2021

**5.2.9 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2021

**5.2.10 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

**5.2.11 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2022

**5.2.12 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

**5.2.13 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2023

**6 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten**

**6.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**7 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern**

**7.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer**

K.O.-Kriterium: Nein

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Forblätter zur Verfügung gestellt.

## 7.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 8 Referenz A - Techn. Leistung

### 8.1 Information zu Referenzen - A

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens 5 Referenzprojekte aus den letzten 5 Jahren (ab 01.01.2020) anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat. Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge über die Lieferung und Montage von Batterien für technische Anlagen und Gebäude.

Mindestanforderung:

- Mindestens 1 der benannten Referenzen muss eine vergleichbare Leistung für Batterielieferung und Montage für ein Unterstellwerk, ein elektronisches Stellwerk, eine Digitalfunkanlage oder ein vergleichbares technisches Projekt abdecken.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben. Darüber hinaus sind die entsprechenden Formulare B.IX.1 und B.IV.1 auszufüllen.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

### 8.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

#### 8.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

##### 8.2.1.1 Anforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 8.2.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 8.2.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.1.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.1.6 Angabe zur Leistung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.2.1.7 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

#### 8.2.2.1 Anforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.2.2.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.2.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.2.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.2.6 Angabe zur Leistung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.2.2.7 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

#### 8.2.3.1 Anforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.2.3.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.3.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")



Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.3.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.3.6 Angabe zur Leistung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.2.3.7 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.2.4 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 4

#### 8.2.4.1 Anforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.2.4.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.4.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.4.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.4.6 Angabe zur Leistung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.2.4.7 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.2.5 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 5

#### 8.2.5.1 Anforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.2.5.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.5.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.5.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.5.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.5.6 Angabe zur Leistung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.2.5.7 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.2.6 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 6 (optional)

#### 8.2.6.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.2.6.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.6.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.6.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.6.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.2.6.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.2.6.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

#### 8.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.  
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

#### 8.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

##### 8.3.2.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 8.3.2.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 8.3.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.2.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.2.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.2.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.3.2.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

#### 8.3.3.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.3.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.3.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.3.3.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3

#### 8.3.4.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.3.4.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.4.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.4.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.4.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.3.4.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.5 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 4

#### 8.3.5.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.3.5.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.5.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.5.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.5.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.5.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

#### 8.3.5.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.6 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 5

#### 8.3.6.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 8.3.6.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.6.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 8.3.6.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.



### 8.3.6.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.6.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

### 8.3.6.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

## 8.3.7 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 6 (optional)

### 8.3.7.1 Anforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Anforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 8.3.7.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.7.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.7.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.7.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 8.3.7.6 Angabe zur Leistung

K.O.-Kriterium: Nein

Der in der Referenz benannte Auftrag bezieht sich auf Batterielieferung und Montage für: \_\_\_\_\_

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ ein Unterstellwerk.
- ☐ ein elektronisches Stellwerk.
- ☐ eine Digitalfunkanlage.
- ☐ ein vergleichbares technisches Projekt zu den bisher genannten.
- ☐ keine der benannten Optionen.

Mehrere Antworten wählbar

### 8.3.7.7 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

## 9 Referenzen B - Zusammenarbeit mit ÖPNV Unternehmen

### 9.1 Information zu Referenzen - B

K.O.-Kriterium: Nein

Bereits abgeschlossene Referenzen des Bieters aus den letzten 5 Jahren (ab 01.01.2020), die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit ÖPNV-Unternehmen nachweisen. Die Referenzleistungen müssen mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sein und folgende Mindestanforderungen erfüllen:

- Mindestens 2 Referenzen über Erfahrung in der Zusammenarbeit mit einem ÖPNV Unternehmen nachzuweisen. Es gibt keine Mindestanforderung für die Dauer eines Auftrags je Arbeitgeber.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben. Darüber hinaus sind die entsprechenden Formulare B.IX.1 und B.IV.1 auszufüllen.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

### 9.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

#### 9.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

##### 9.2.1.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 9.2.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.1.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.1.6 Projekttitle und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 9.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

#### 9.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 9.2.2.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.2.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.2.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 9.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

#### 9.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 9.2.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.2.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 9.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

#### 9.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.  
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

#### 9.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

##### 9.3.2.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 9.3.2.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 9.3.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 9.3.2.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 9.3.2.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 9.3.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 9.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

#### 9.3.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 9.3.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 9.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

#### 9.3.4.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 9.3.4.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.4.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.4.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 9.3.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung über die erbrachten Leistungen des Projekts an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 10 KMU

#### 10.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein \_\_\_\_\_.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------